**Antrag und Verwendungsnachweis für 2025**



Förderung der Beratung in der Landwirtschaft

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen. Gerasterte Felder sind von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Datum des Antragseinganges/Eingangsstempel

**Ref. 41**

**Willy-Brandt-Platz 3**

**54290 Trier**

**1. Unternehmen der Landwirtschaft**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| LBD-Unternehmernummer: |  | Telefon mit Vorwahl  (     ) |
| Name, Vorname bzw. Firma: |  | Mobiltelefon mit Vorwahl  (     ) |
| Straße, Haus-Nr. bzw. Postfach |  | E-mail-Adresse       @ |
| PLZ:       Ort: |  | Telefax |

**Prüfvermerk der**

**Bewilligungsbehörde**

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen mit folgendem Ergebnis geprüft.

Unternehmens-Nr. geprüft

Es handelt sich um ein Unternehmen der Landwirtschaft

Der in Anspruch genommene Beratungsanbieter ist vom Land RLP anerkannt.

Es wurden vom Land RLP genehmigte Beratungs-leistungen durchgeführt.

Die Fördermittel wurden sachlich und rechnerisch richtig festgestellt.

Es ergeben sich keine/die aus der Anlage ersichtlichen Be-

anstandungen \*).

Bewilligung und Auszahlung werden befürwortet.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Datum

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Unterschrift

\*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

**2. Folgende öffentliche Mittel werden beantragt:**

      % Zuschuss

**3. Das Unternehmen der Landwirtschaft (o. g. Nr. 1) mit einer Betriebsgröße von:** **ha**

ist in der Primärerzeugung tätig

ist ein Kleinstunternehmen oder ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) im Sinne von Artikel 2 Nr. 52 in Verbindung mit Anhang I der Verordnung (EU) 2022/2472 mit Betriebsstätte in Rheinland-Pfalz und

ist nicht als sogenanntes Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) im Sinne von Artikel 2 Nr. 59 der Verordnung (EU) 2022/2472 einzustufen

hat keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer unzulässig gewährten Beihilfe

**4. Das Unternehmen (o. g. Nr. 1) hat in den vergangenen 36 Monaten weitere geförderten Beratungsleistungen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2472 in Anspruch genommen**

Ja

Nein

**Falls ja, in welcher Höhe?\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_EUR**

**5. Das Unternehmen (o. g. Nr. 1) bezieht im Jahr der Antragsstellung auch eine Förderung für die Teilnahme an Agrarumwelt- u. Klimamaßnahmen gem. GAP-SP (AUKM).**

Ja

Nein

**6. Folgender Anbieter führt die Beratung durch:**

Name und Anschrift des Beratungsanbieters

Werden weitere Beratungsanbieter beauftragt? Wenn ja, welche:

**7. Folgende Beratungsleistungen werden beantragt:**

Beratungsprojekt:

Datum der ersten und letzten Beratung:

Weitere Beratungsleistungen  Ja  Nein

(wenn ja, bitte eigenständigen Antrag)

|  |
| --- |
| **Festsetzung durch die Bewilligungsbehörde:**  Zu 1., davon förderfähig:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ h  Zu 2., davon förderfähig:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ €/h  Zu 3., davon förderfähig:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ €  Zuwendungsbetrag: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ € |

**Beratungsleistungen:**

1.       h (Anzahl der Beratungsstd.)

2.       €/h (ohne MwSt)

3.       € Ausgaben (ohne MwSt)

4.       € Ausgaben (einschl. MwSt)

5.       € Eigenanteil (einschl. MwSt)

Folgende erforderlichen Anlagen sind beigefügt:

Rechnung und Zahlungsnachweis (Kontoauszug) des Beratungsanbieters, dass der

Eigenanteil in Höhe von            € (gem. Nr. 5) des Antragstellers gezahlt wurde.

**Der Förderanspruch gegenüber dem Land wird vom Antragsteller dem Beratungsanbieter (vgl. Nr.4) abgetreten. Eine direkte Zahlung an den Zuwendungsempfänger ist nach den Vorgaben des Gemeinschaftsrechts nicht zulässig**

      , den

**Ort**  **Datum Unterschrift des Antragstellers**

**Die Angaben des Antragstellers werden vom Beratungsanbieter (vgl. Nr. 4) bestätigt. Die Beratung wurde wie beantragt durchgeführt. Der unter Nr. 5 genannte Eigenanteil (einschl. MwSt) des Antragstellers wurde dem Beratungsanbieter gezahlt und ist eingegangen.**

**,** den

**Ort Datum Unterschrift des Beratungsanbieters**

**Erklärung, Einwilligungen und Verpflichtungen der antragstellenden Unternehmer**

1. Ich/wir erkenne(n) die geltende mir/uns bekannte Vorschrift über die Förderung der privaten Beratung in der Landwirtschaft vom

01. März 2024 und die darin genannten europäischen und nationalen Rechtsgrundlagen an.

Mir/uns ist bekannt, dass die Förderung auf der Grundlage von Artikel 22 der (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfolgt.

2. Mir/uns ist bekannt, dass der Antrag erst als gestellt gilt, wenn er der Aufsicht- und Dienstleistungsdirektion (Bewilligungsbehörde) vollständig mit den erforderlichen Unterlagen vorliegt.

3. Mir/uns ist bekannt, dass die Bewilligungsbehörde einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zugestimmt hat. Die Maßnahme darf somit bereits begonnen werden, sobald der vollständige Antrag bei dem Beratungsanbieter eingegangen ist.

4. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, nur vom Land Rheinland-Pfalz anerkannte Beratungsanbieter zu beauftragen.

5. Mir/uns ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch die Antragstellung nicht begründet wird, sondern dass die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entscheidet,

- die Zuwendung erst nach durchgeführter Beratung und Vorlage der bezahlten Rechungen oder Originalkopie (mit Zahlungsbeleg) gewährt wird.

6. Mir/uns ist bekannt, dass

- zur Abgabe von Angaben im Rahmen des Verwaltungsverfahrens keine Rechtsverpflichtung besteht, diese Angaben jedoch hinsichtlich Förderungsberechtigung, Kontrollen und Mittelauszahlungen erforderlich sind und unvollständige Angaben Ablehnungen zur Folge haben, alle Angaben im Antrag mit Anlagen und in den später eingereichten Unterlagen sowie alle Sachverhalte oder Tatsachen, die nach Haushaltsrecht oder anderen Rechtsvorschriften für die Aufhebung einer Bewilligung und die Rückforderung von Zuwendungen maßgebend sind oder durch Scheingeschäfte/Scheinhandlungen verdeckt oder unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten erwirkt werden, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) sind,

- nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes die Verpflichtung besteht, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Gewährung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendungen entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind,

- die unverzügliche Mitteilungspflicht ohne zeitliche Einschränkung auch gilt, wenn sich die für die Förderung erheblichen Tatsachen ändern oder wegfallen, falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen und die Kosten für Kontrollmaßnahmen auferlegt werden können,

- die Zuwendungen, auch für zurückliegende Jahre, bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Nichteinhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen, Bedingungen oder Auflagen oder bei unrechtmäßiger Gewährung in vollem Umfang zurückgefordert werden können und unverzüglich mit den rechtlich vorgeschriebenen Zinsen zurückzuzahlen sind.

7. Mir/uns ist bekannt, dass die Bewilligungsbehörde verpflichtet ist,

Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges

begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen,

- den Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen zurückweisen kann,

- auch rückwirkend weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen und der Festsetzung der Zuwendungen erforderlich sind, anfordern und die Antragsangaben mit der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank (LBD) abgleichen kann.

8. Ich/wir erklären(n), dass jede der unterzeichnenden Personen berechtigt ist, den übersandten Bescheid in Empfang zu nehmen, und die Zuwendungsauszahlungen auf das Konto des genannten Beratungsanbieters als rechtwirksam anerkennt.

9. Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und den dazugehörigen Unterlagen erhobenen Angaben zur Feststellung der Zuwendungsvoraussetzungen und zur Festsetzung der Zuwendungen erforderlich und von mir/uns abzugeben sind.

Ich/wir willige(n) ein, dass diese Angaben zur automatisierten Berechnung der Zuwendungen erfasst, verarbeitet und gespeichert werden sowie an die Bewilligungsbehörde, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) und der Finanzen (FM), das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz und die Europäische Kommission oder an die von vorgenannten Stellen Beauftragten zu Kontroll- und/oder Evaluationszwecken oder zur Erstellung von Statistiken übermittelt oder weitergegeben und für allgemeine Beratungs- und Statistikzwecke verwendet werden können.

10. Mir/uns ist bekannt, das zu Kontroll- und Evaluationszwecken für die zur Beratung erhobenen betrieblichen Daten und Auswertungen die Verpflichtung besteht, die Unterlagen kostenlos, soweit vorliegend auch auf automatisierten Datenträgern, zur Verfügung zu stellen.

11. Das MWVLW, die Bewilligungsbehörde ADD, der Rechnungshof Rheinland-Pfalz, die Europäische Kommission und der Europäische Rechnungshof haben das Recht, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen durch Kontrollmaßnahmen zu prüfen oder durch Beauftragten prüfen zu lassen und Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einzuholen. Dieses Prüfungs- und Auskunftsrecht gilt auch nachträglich und rückwirkend.

12. Mir/uns ist bekannt, dass die für die Förderung maßgebenden Unterlagen für mindestens fünf Jahre aufzubewahren sind und längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften unberührt bleiben.

13. Ich/wir bestätige(n), dass alle gemachten Angaben richtig und vollständig sind und Zwangsvollstreckungen gegen mich/uns und das/die Antragstellende(n) und/oder zu fördernde(n) Unternehmen weder bevorstehen noch eingeleitet noch anhängig sind.

14. Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir für Maßnahmen dieses Antrages – soweit nicht bereits angegebenen – nicht gleichzeitig eine Förderung nach anderen staatlichen oder öffentlichen Programmen beantragt habe(n). Anderenfalls werde(n) ich/wir die Bewilligungsbehörde in Kenntnis setzen und die entsprechenden Unterlagen unaufgefordert vorlegen.

15. Ich/wir erkläre(n), dass gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderungsandrohung aufgrund einer früheren Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt besteht.

Ich/wir habe(n) die vorstehenden Erklärungen, Einwilligungen und Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne(n) sie als verbindlich an.

Eine Kopie dieses Antrags liegt mir/uns vor.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | , den |  |

|  |
| --- |
|  |

Ort

Datum

Unterschrift(en) der/des landwirtschaftlichen Unternehmen(s)